

Der Schwindel mit der CO2-Kompensation

Autor(en): **Piller, Bernhard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2008)**

Heft 4: **Neue Atomkraftwerke?**

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586859>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Schwindel mit der CO₂-Kompensation

In der vorherrschenden klimapolitischen Debatte wird auf kaum eine Massnahme so viel Energie verwendet, wie auf den Emissionshandel. Weil die OECD-Staaten¹ eine Absenkung ihrer CO₂-Emissionen nicht zustande bringen, setzen sie in immer grösserem Ausmass auf den Emissionshandel, welcher im Rahmen des Kyoto-Protokolls als «Clean Development Mechanism» (CDM) festgeschrieben ist. Dem Emissionshandel sind einige fundamentale Probleme eigen. Diesen wird in einem ersten Teil der klimapolitischen Serie im E&U nachgegangen.



Von **BERNHARD PILLER**
Mitglied SES-Geschäftsleitung
bernhard.pillar@energiestiftung.ch

Im Kyoto-Protokoll ist der Emissionshandel eigentlich nur als zusätzliche Möglichkeit (Supplementarity) zur Massnahmenpolitik im eigenen Land vorgesehen. De facto handelt es sich aber um eine Aufweichung der Inlandverpflichtung. Eines ist klar zu erkennen: Je näher die

Abrechnung im Jahr 2012 kommt, umso eher wird auf Kompensation durch den Zertifikatehandel gesetzt. Es besteht eine klare Tendenz weg von der Inlandreduktion hin zur Flucht zum faulen Emissionshandel.

Problem Basisszenario

Ein zentrales Problem der CO₂-Kompensation ist die Berechnung der Reduktionsleistung anhand eines Basisszenarios. Baut ein Land, das seinen Strom grossmehheitlich aus Kohlekraftwerken bezieht (diese

gelten dann als Basis), z.B. einen Windpark, kann es sich dieses als Reduktionsleistung anrechnen lassen. Die handelbare Menge CO₂ lässt sich somit anhand der eingesparten, weil mittels Windrädern anstatt in einem Kohlekraftwerk produzierten Kilowattstunden berechnen. Ein anderes Land, welches seinen Strom mehrheitlich aus Wasserkraftwerken bezieht, kann sich einen neuen Windpark hingegen nicht anrechnen lassen, da als Basis die CO₂-freie Wasserkraft zählt. Tatsächlich findet durch den via CDM-Zertifikate finanzierten neuen Windpark aber gar keine reale Reduktionsleistung statt. Im Gegenteil: es wird einfach eine zusätzliche Stromproduktionsanlage gebaut. Entwicklungspolitisch eine zu begrüssende Massnahme, im Rahmen des Emissionshandels aber ein Schwindel. Letztlich handelt es sich um zusätzliche Stromproduktion. De Facto wird ja wegen dem neuen Windpark kein altes Kohlekraftwerk stillgelegt.

Im besten Fall handelt es sich beim «Clean Development Mechanism» (CDM) und anderen sogenannten Kompensationsprojekten um gut gemeinte Entwicklungshilfe. Aber auch hier wird keine Gerechtigkeit

Fotos: Greenpeace



Überschwemmung in der Schweiz, Engelberg, Sommer 2005: Die Adaptionkosten werden horrend sein, handeln wir jetzt beim Klimaschutz!

geschaffen. Die Gelder fließen nicht in die ärmsten Länder, deren pro-Kopf-Emissionen noch am verträglichsten sind. So gibt es praktisch keine CDM-Projekte in Afrika. Alle Gelder fließen in Schwellenländer, vor allem nach China, Indien und Brasilien. Heikel sind die Auslandprojekte vor allem, weil sie strukturerhaltend wirken. Projekte, bei denen zum Beispiel aus einer Deponie entweichendes Methangas neu in einem Gaskraftwerk zur Strom- und Wärme-Produktion verbrannt wird, sind zwar durchaus sinnvoll.² Wirklich konsequent hingegen wäre letztlich nur die Schliessung von extrem umwelt- und gesundheitsschädlichen Deponien.

Problem Nicht-Additionalität

Ein weiteres Problem ist die Additionalität. Additionell ist ein Projekt, wenn es zusätzlich, das heisst nur durch Zertifikate-Gelder zustande kommt. Nicht-additionelle Projekte sind somit eine eigentliche Mogelpackung, weil sie auch ohne CDM-Subventionen realisiert worden wären – und somit nicht zusätzlich Emissionen reduzieren. Kritische Experten gehen davon aus, dass ein Drittel bis zur Hälfte der über den «Clean Development Mechanism» finanzierten Projekte nicht-additionell sind.

Solche nicht-additionellen Projekte gibt es im Übrigen auch im Inland. In Basel und in Zürich werden in den kommenden Jahren Holzheizkraftwerke realisiert. In Zürich substituiert das neue Holzheizkraftwerk Aubrugg fossile Energie. Hier findet zwar eine reale Reduktion von CO₂-Emissionen statt, aber sowohl das Projekt in Zürich, wie auch das in Basel wären ohne die Gelder der Stiftung Klimarappen zustande gekommen. Die Projekte sind also nicht-additionell. Wird das Geld der Stiftung Klimarappen von solchen Projekten abgeschöpft, findet gar kein weitergehender Klimaschutz statt. Wichtig wären aber zusätzliche Projekte, welche zusätzliche Emissions-Reduktionen realisieren würden.

Wir Schwätzer im Treibhaus

Nicht wenige zum vorliegenden Artikel verwendete Gedankengänge sind dem exzellenten Buch: «Wir Schwätzer im Treibhaus – Warum die Klimapolitik versagt» von Marcel Hänggi entnommen. Ein allen an einer kritischen Analyse der vorherrschenden Klimapolitik Interessierten wärmstens zu empfehlendes im Rotpunktverlag, Zürich, erschienenes Buch: www.mhaenggi.ch

Relle Inlandreduktion gefordert

Ökonomische Effizienz beim Klimaschutz – das heisst vordergründig günstiger im Ausland kompensieren, statt teurer im Inland sanieren – kann sich schnell rächen. Dieses Prinzip sorgt für die Erhaltung von überholten Strukturen. Und schliesslich geht es darum, hier bei uns nicht nur 30 oder 40 Prozent, sondern mindestens 90 Prozent der CO₂-Emissionen bis 2050 zu reduzieren. Man bedenke; bis zum Jahr 2050 sind es nur noch 40 Jahre. Das ist wenig Zeit, um sich von der Abhängigkeit von fossilen Energierohstoffen zu lösen. Verpasst man den strukturellen Umbau, wird die knappe Zeit leichtfertig vergeudet. Kurz: In den modernen Industrieländern muss die maximal mögliche, innovative Leistung für eine nachhaltige CO₂-Reduktion erbracht werden. Dies damit Investitionen und Innovationen direkt in eine nachhaltige Energie-Zukunft fließen und auf diese Weise die Nicht-OECD-Länder durch sinnvollen Technologietransfer viel mehr profitieren können, als durch heutige zum Teil suboptimale Investitionen mittels CO₂-Zertifikaten.

Nicht genug, dass der Zertifikate-Handel schon heute ein klimapolitisch unnützes Feigenblatt ist, sind seit neuestem auch noch politische Kräfte auszumachen, welche die Atomenergie als Kompensationsoption in das CDM-System aufnehmen wollen. Dies würde diesem System das allerletzte Quantchen Legitimation rauben. <

Kohlekraftmoratorium – Protestieren auch Sie!

Immer mehr Schweizer Elektrizitätsgesellschaften wollen in ausländische Kohlekraftwerke investieren. Total 3,2 Milliarden Franken sollen in diese anachronistische, klimazerstörende Technik fließen. Die geplanten Schweizer Investitionen würden einen CO₂-Ausstoss von 11,2 Millionen Tonnen verursachen – mehr als ein Fünftel der gesamten Schweizer Emissionen. Das macht unsere Klimaschutz-Bemühungen vollends zunichte. Darum verlangt die SES vom Bundesrat, dass er sich bei den Kantonen für ein Kohle-Moratorium einsetzt.

Gleichzeitig birgt die Kohlestrategie enorme finanzielle Risiken. Für ihren CO₂-Ausstoss werden die Betreiber ab 2013 Emissionsrechte ersteigern müssen, was schnell mit 300 Mio. Franken pro Jahr und Kraftwerk zu Buche schlagen wird. Zusammen mit den steigenden Kohlepreisen macht dies Investitionen der Schweizer Stromkonzerne – wie z.B. BKW, EOS, Groupe E, AET oder Rätia Energie – zu einem klimaschädlichen und finanziellen Abenteuer. Die allermeisten dieser Firmen sind in öffentlicher Hand. Kantone und Gemeinden müssen darum ihre Verantwortung gegenüber EW-KundenInnen und BürgerInnen wahrnehmen und solche Investitionen stoppen. Zudem betreiben sie eine extrem widersprüchliche Politik. Die genau gleichen Firmen, die im Ausland fossile Grosskraftwerke bauen bzw. planen, wollen im Inland Atomkraftwerke bauen. Diese Atomkraftwerke werden dann mit aktivem Klimaschutz verkauft. Dies ist eine scheinheilige und unehrliche Politik.

Klar ist: Erst wenn die «Carbon capture and storage»-Technik (CCS) dereinst funktionsfähig und vor allem sicher betrieben werden kann, dürfen Kohlekraftwerke als letzte Option geprüft werden (vgl. hierzu Artikel im E&U 3/2008). Neuen fossilen Kraftwerken muss dann eine CCS-Pflicht auferlegt werden. Sehr viel sinnvoller sind aber Investitionen in Stromeffizienz und erneuerbare Energien, die ökologisch und wirtschaftlich Gewinn bringen.



Machen Sie mit: Auf www.energiestiftung.ch finden Sie vorgedruckte Protestbriefe.

1 Bei den OECD-Staaten (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) handelt es sich im Wesentlichen um die Industriestaaten.

2 Zwar entsteht beim Verbrennungsprozess zusätzliches CO₂, dieses ist aber 21-mal weniger treibhausaktiv als Methan.